

12. April 2015, 8:31 Uhr

Kathrin Haimerl, Europäische Bürgerinitiative: Gute Idee, leider überverkauft, in: Süddeutsche Zeitung, 12.04.2015

<https://www.sueddeutsche.de/politik/europaeische-buergerinitiative-gute-idee-leider-ueberverkauft-1.2425978>

Seit 2012 kann jeder Bürger eine Art Bürgerbegehren bei der EU-Kommission registrieren. Doch in drei Jahren konnten insgesamt nur drei Initiativen genügend Unterstützer mobilisieren.

Dabei handelt es sich um die Initiativen "Right2Water - Wasser ist ein Menschenrecht", "Stoppt Tierversuche" und "One of Us" gegen Embryonenforschung. Letztere unterstützten auch radikale Abtreibungsgegner und selbsternannte Lebensschützer.

Europa-Experte Janning hält die Bürgerinitiative für ein sinnvolles Instrument der Bürgerbeteiligung, allerdings sei sie bei ihrem Start überverkauft worden.

Bürgernäher sollte die Europäische Union werden. "Giving Citizens a Say" - den Bürgern eine Stimme geben, so bewirbt die Europäische Kommission das Instrument. Es geht um die Europäische Bürgerinitiative (EBI) und beim Start vor drei Jahren wurde sie noch als "neues Kapitel in der europäischen Demokratie" bejubelt.

51 Initiativen, drei davon erfolgreich

Drei Jahre später fällt die Bilanz folgendermaßen aus: Von insgesamt 51 Initiativen konnten nur drei genügend Unterstützer mobilisieren. Der Europa-Experte Josef Janning vom European Council on Foreign Relations hält die Zahl dennoch für ansehnlich - gemessen an den Hürden.

Jeder Bürger kann seit 2012 eine Initiative bei der EU-Kommission registrieren. Aber bereits da beginnen die Schwierigkeiten. Das mussten kürzlich die Organisatoren der Initiative gegen die umstrittenen Freihandelsabkommen TTIP und Ceta feststellen. Die EU-Kommission lehnte diese mit einer juristisch umstrittenen Argumentation ab: die Verhandlungsmandate seien keine Rechtsakte, sondern interne Vorbereitungsakte. So wie den TTIP-Gegnern ergeht es den meisten Initiativen: Sie scheitern bereits an der Registrierung.

Schwieriges Verfahren, hohe Hürden

Wer diese geschafft hat, muss in den kommenden zwölf Monaten Unterschriften von einer Million Bürgern aus sieben EU-Mitgliedsstaaten sammeln. Damit nicht genug: Ab wann eine Unterschrift gültig ist, variiert von Mitgliedsland zu Mitgliedsland. In manchen braucht es dazu noch die Personalausweisnummer. Daneben spielen datenschutzrechtliche und technische Fragen beim Unterschriftensammeln eine Rolle.

EU-Kommissar räumt Verbesserungsbedarf ein

Der zuständige EU-Kommissar Frans Timmermans räumt in einer Stellungnahme ein, dass es bei der Bürgerinitiative durchaus

Verbesserungsbedarf gibt: "Wir müssen nach innovativen Möglichkeiten suchen, um das Instrument besser und effektiver einsetzen zu können.". Erfolgreich - in dem Sinne, dass sich die EU-Kommission mit dem Anliegen befassen musste - waren in den vergangenen drei Jahren nur folgende Initiativen:

Wasser ist ein Menschenrecht - Right2Water: Sie richtete sich gegen eine Privatisierung der europäischen Wasserversorgung. Ziel war es, das Menschenrecht auf Wasserversorgung und Abwasserversorgung in Europäisches Recht umzusetzen. Die Initiatoren sammelten 1 884 790 Unterschriften für ihr Anliegen und durften im Europäischen Parlament vorsprechen (hier das entsprechende Video). Die EU-Kommission war gezwungen, eine Stellungnahme zu der Initiative abzugeben. Mehr bewirkte sie aber auch nicht.

Initiative "One of us" (zu deutsch: "Einer von uns"): Abtreibungsgegner forderten die EU-Kommission auf, die Finanzierung sämtlicher Aktivitäten zu stoppen, die zur Tötung von Embryonen führen können. Dazu zählten sie auch die finanzielle Unterstützung von Schwangerschafts-Abbrüchen. Insgesamt sammelten sie innerhalb eines Jahres 1 897 588 Unterschriften. Die EU-Kommission lehnte den Antrag in einer Stellungnahme ab, es kam zu keinem Gesetzgebungsverfahren.

Noch im Prozess ist folgende Initiative, die auch ausreichend Stimmen gesammelt hat:

Stop Vivisection, stoppt Tierversuche: Tierschutzorganisationen aus ganz Europa fordern die Kommission dazu auf, die Tierversuchsrichtlinie komplett zu überarbeiten. Die EU-Kommission wird die Organisatoren bald nach Brüssel einladen, damit sie ihr Anliegen vortragen können. Außerdem wird es eine öffentliche Anhörung im EU-Parlament geben.

Privatpersonen haben kaum Chancen

Die Beispiele offenbaren die Schwächen der Europäischen Bürgerinitiative: Sie kann ein sinnvolles Anliegen haben, sie kann aber auch von dubiosen Aktivisten eingesetzt werden. Die Initiative "One of Us" unterstützten auch fundamental-christliche Abtreibungsgegner und selbsternannte Lebensschützer, die sich im Sinne der US-amerikanischen Pro-Life-Bewegung verstehen. Sie verweigern der schwangeren Frau jegliches Selbstbestimmungsrecht. Als Ansprechpartner für Deutschland gibt die Webseite unter anderem Manfred Libner von der Stiftung "Ja zum Leben" an. Die deutsche Unterschriften-Sammelstelle bildete der Verein "Zivile Koalition" um die ultra-konservative Netzwerkerin Beatrix von Storch, die als AfD-Abgeordnete im Europaparlament sitzt und die in ihrer Partei den "Lebensschutz zum Thema" machen will, wie sie hier schreibt.

Beispiel für Over-Selling

Europawissenschaftler Janning hält die Auflagen für angemessen. Er sieht das Instrument als eine von mehreren Möglichkeiten, am politischen

Prozess teilzunehmen. Allerdings sei das Potential der Bürgerinitiative zu Beginn überverkauft worden. "Dass aus einer guten Idee einzelner EU-Bürger aus unterschiedlichen Mitgliedstaaten eine Initiative wird, die zu einem Gesetzgebungsvorschlag der Kommission führt, ist ein frommer Wunsch, beschreibt aber nicht die Realität."

Denn bislang hat noch kein Privatbürger eine Initiative erfolgreich abgeschlossen. Hinter den obigen Beispielen stehen Organisationen, die Kampagnen-Erfahrung haben. Im Fall von Right2Water sogar ein bestehendes europaweites Netzwerk, nämlich der Europäische Gewerkschaftsverband des öffentlichen Dienstgewerbes, zu dem in Deutschland Verdi gehört.

Was die EBI nicht kann

Interessant findet Janning auch, welche Dinge die EBI gerade nicht leisten kann. Die Initiative muss sich im Rahmen der Befugnisse der Europäischen Kommission bewegen. Die Bürger können also zum Beispiel nicht den mächtigen Ministerrat auffordern, seine Geschäftsordnung zu ändern. Und zwar dahingehend, dass die Gesetzgebungsentscheidungen des Rates in öffentlicher Sitzung getroffen werden.

Kritik an Reform der EU-Bürgerinitiative

Mehr Demokratie <https://www.mehr-demokratie.de/news/voll/kritik-an-reform-der-eu-buergerinitiative/> gezogen am 7.8.2020

12.03.2019



Foto by Alexander Garrido Delgado | Lizenz: CC BY-SA 2.0

„Hilfreich, aber harmlos“, so bewertet Mehr Demokratie die heute vom Europäischen Parlament beschlossene Reform der Europäischen Bürgerinitiative (EBI). Beispielsweise können auch zukünftig die Bürger*innen keine Vorschläge für die Änderung der Europäischen Verträge machen.

Seit Jahren wird nach einer Reform der Europäischen Bürgerinitiative, kurz: EBI, verlangt. Wir haben Aufrufe gestartet, Briefe geschrieben und in Brüssel Unterschriften übergeben. Dann hat Frans Timmermans, Vizepräsident der EU-Kommission, sich für eine Reform stark gemacht.

Heute hat das EU-Parlament zwar Änderungen beschlossen. Aber auch Chancen vertan.

Vorschläge für eine Änderung der EU-Verträge, also zur Substanz der EU, werden auch zukünftig nicht zugelassen. Die Grundlagen der EU, wie sie organisiert oder demokratisiert werden könnte, bleiben für die Bürger*innen tabu. Enttäuschend ist auch, dass nicht festgeschrieben ist, wie mit erfolgreichen Initiativen zu verfahren ist. Bislang haben die Organisatoren nur das Recht auf eine öffentliche Anhörung im Parlament - im Beisein der Kommission. Indem die EU hier auf verlässliche Regeln verzichtet, vergibt sie sich eine Chance, Vertrauen in die demokratischen Institutionen wieder wachsen zu lassen.

Ein Lichtblick: Das EU-Parlament hat sich nun in seiner Geschäftsordnung selbst verpflichtet, jede erfolgreiche EBI im Parlament zu diskutieren. Es gibt auch einige Verbesserungen: Die EU will bereits Menschen ab dem 16. Lebensjahr erlauben, eine EBI zu unterzeichnen. Der Beratungs- und Übersetzungsdienst für die Organisatoren wird ausgebaut. Und der Starttermin für die Unterschriftensammlung soll innerhalb von drei Monaten nach Registrierung einer EBI von den Initiatoren frei gewählt werden können. Immerhin. Aber warum so halbherzig?

Weshalb wird Bürgerengagement, nach dem Politiker*innen in Sonntagsreden regelmäßig verlangen, so gering geachtet? Wie soll denn Vertrauen in die EU-Institutionen wachsen, wenn ihnen freigestellt ist, wie sie sich zu dem Bürgervotum einer EBI verhalten?

Bei ihrer Einführung 2012 war die EBI eine Hoffnungsträgerin. Entstehen könnte eine europäische Zivilgesellschaft: Bürgerinnen und Bürger diskutieren über Ländergrenzen und Sprachbarrieren hinweg politische Inhalte. Heute aber sind viele Hoffnungen ernüchtert. Nur fünf Initiativen haben die Unterschriftenhürde von einer Million übersprungen.

Die EBI könnte der Ausgangspunkt sein, um auch auf Ebene der EU eine verbindliche Mitbestimmung der Bürger*innen zu schaffen. Könnte. Aber dafür müsste die EBI selbst deutlich weiterentwickelt werden. Das Projekt muss wieder auf die Tagesordnung – bei nächster Gelegenheit! Dafür werden wir sorgen müssen. Europa geht nur mit den Bürgerinnen und Bürgern.